

Schriften zum österreichischen Abgabenrecht
Herausgegeben von Univ.-Prof. Dr. Gerold Stoll

Band 19

Die gewinnmindernde Abzugsfähigkeit von Geldstrafen im Abgabenrecht

Eine rechtsvergleichende Untersuchung über
die Methoden und Grenzen der steuerlichen
Rechtsfindung

von

Univ.-Doz. Dr. Michael Tanzer

B 41 006

Juristische Gesamtbibliothek
der Technischen Hochschule
Darmstadt

Wien 1983



Wirtschaftsverlag Dr. Anton Orac

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	5
I. Einleitung	11
II. Die betriebliche Veranlassung von Geldstrafen	15
A. Grundlegende Würdigung der Rechtsentwicklung	15
1. Allgemeines.	15
2. Die ursprüngliche Rechtsprechung und ihre Kritik	16
3. Der Weg zur gegenwärtigen Rechtslage und deren Folgen. . .	19
B. Die Überlagerung der causa durch culpa und typus	21
1. Betriebsausgaben und Verschulden – das Abzugsverbot für Lebenshaltungskosten	21
2. Betriebsausgaben und Üblichkeit – Schlußbemerkungen. . . .	25
III. Allgemeines zur Begründbarkeit eines Abzugsverbotes für Geldstrafen, denen an sich Betriebsausgabencharakter zukommt . .	29
A. Die ethische Betrachtungsweise im Steuerrecht	29
B. Die zur Zeit vorherrschende Rechtsprechung und ihre Kritik . .	33
1. Erste Ansätze zu einer außerhalb des Steuerrechts gelegenen Begründung der Nichtabzugsfähigkeit von Geldstrafen.	33
2. Der derzeitige Meinungsstand	35
C. Die Wertfreiheit des Steuerrechts – eine unbedingte Sicherung der Abzugsfähigkeit von Geldstrafen?	41
1. Ursprung und Wesensgehalt von § 5 Abs. 2 StAnpG (§ 23 Abs. 2 BAO)	41
2. Spezifische Rechtsfolgen.	43
D. Anmerkungen zur Methode der Rechtserkenntnis	45
IV. Die Zulässigkeit einer, das steuerliche Abzugsverbot von Geldstrafen behandelnden Lückenfüllung im Gesetz	49
A. Allgemeines	49
B. Das sogenannte Analogieverbot im Abgabenrecht	53
1. Einleitende Bemerkungen zur Lehre vom Analogieverbot im öffentlichen Recht.	53
a) Überblick über den gegebenen Meinungsstand.	53

b)	Der Lückenbegriff im kritischen Rechtspositivismus	56
c)	Der mögliche Übergang zur Wertungsjurisprudenz	58
d)	Schlußfolgerungen zur Gewinnung einer methodischen Ausgangslage	61
2.	Die Entwicklung der Rechtsprechung zur Zulässigkeit einer Lückenfüllung im Abgabenrecht	63
3.	Das Lückenfüllungsverbot im Schrifttum	67
a)	Die Vertreter eines absoluten Lückenfüllungsverbot . . .	67
b)	Das relativierte Lückenfüllungsverbot als Ergebnis widerstreitender Rechtsprinzipien	69
4.	Untersuchung der möglichen Grundlagen eines Lückenfüllungsverbot im Steuerrecht	72
a)	Die Gesetzesgemäßheit der Entstehung des Steueranspruches	72
b)	Der Grundsatz der Tatbestandsbestimmtheit im verfassungsrechtlichen Legalitätsprinzip	74
c)	Die Methodengleichheit in der Lückenfüllung und der unbestimmte Gesetzesbegriff im Steuerrecht	77
5.	Die Ansicht von Kamm	79
a)	Allgemeines zur Annahme eines Analogieverbot bei Kamm	79
b)	Das Verbot des Erkenntnisweges der Analogie in der Lückenfüllung	81
6.	Der Rechts- und Gestaltungsmißbrauch und das Analogieverbot	84
a)	Hensel und seine Lehre von der Steuerumgehung	84
b)	Die Überhöhung der Einzelatbestandlichkeit durch die Umgehungsnorm	87
c)	Der Umgehungstatbestand als Ausfluß der wirtschaftlichen Betrachtungsweise	92
7.	Ergebnis und Ausblick	95
a)	Die Ablehnung eines Analogieverbot für das Steuerrecht	95
b)	Der spezifisch eingeschränkte überwörtliche Lückenbereich des Steuerrechtes	98
c)	Kritische Anmerkungen zur möglichen Reichweite der Rechtserkenntnis	101
V.	Ein strafrechtliches Abzugsverbot als möglicher Ausdruck einer Einheit der Rechtsordnung	105
A.	Das Erkennen eines einschlägigen Rechtsgrundsatzes im positiven Recht	105
B.	Die Absicherung des Grundsatzes aus der Zweckrichtung der Strafrechtsordnung	109
C.	Die Abgrenzung des gefundenen Rechtssatzes.	112

VI. Die Behandlung der Geldstrafen des deutschen und österreichischen Verwaltungsstrafrechts	121
A. Die Geldbuße nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz (OWiG)	121
1. Die grundsätzliche Frage des Abzuges von Geldbußen	121
a) Allgemeines	121
b) Der Strafcharakter der Geldbuße	124
2. Besonderheiten bei Behandlung der Geldbuße gegenüber Verbandspersonen	125
B. Die Einordnung der Geldstrafe nach dem österreichischen Verwaltungsstrafgesetz	128
VII. Zusammenfassung – Ergebnis	133
A. Der gewonnene Rechtssatz in seiner Abgrenzung	133
B. Der gewonnene Rechtssatz in seiner Wirksamkeit	136
Abkürzungs- und Literaturverzeichnis	141